



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 7 - V - 8 0 - 8 0 1 3**

(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) **III/80**

Bericht zur Verwendung zusätzlicher Mittel bei der Beschäftigungsförderung

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss 17-F-21-0082 Nr. 0300 vom 14.09.17

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent

Detlev Bendel

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
 Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

Vgl. Beschluss 17-F-21-0082, Budget im Haushalt 2017 noch nicht zugesetzt

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurden für die Aufgaben der Beschäftigungsförderung zusätzliche Mittel bereitgestellt. Hier wird aufgezeigt, für welche Maßnahmen dieses Geld verwendet werden soll.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

Der Bericht von Dezernat III zur Verwendung der zusätzlichen Haushaltsmittel für die Beschäftigungsförderung wird zur Kenntnis genommen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 500.000 € sollen folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

1. Arbeitsmarkt

- Projekt Wohnbetreuer (vergleiche SV 16-V-80-8003)
Die Maßnahme wird um 2 Personen erweitert, es soll zusätzlich Geld für die Qualifizierung der Teilnehmer zur Verfügung stehen.
2 Personen; 50.000 €
- Projekt Gewerblich-technische und hauswirtschaftliche Helfer an Schulen (vergleiche SV 17-V-80-8011)
Es sollen 1 Hausmeisterhelfer und weitere 2 Küchenhilfen beschäftigt werden, bei Bedarf mit zusätzlicher Qualifizierung.
3 Personen; 78.000 €
- Projekt „Schloss Freudenberg“ (vergleiche SV 17-V-80-8004)
2 zusätzliche Personen werden im Bereich des Schloss Freudenberg beschäftigt, es wird gegebenenfalls ermöglicht, dass Projektteilnehmer/-innen eine Fahrerlaubnis erwerben.
2 Personen; 53.000 €
- Neue Wege in den Beruf (vergleiche SV 17-V-80-8002)
Aufgrund entsprechender rechtlicher Rahmenbedingungen kann das kommunale JobCenter keine Eingliederungszuschüsse mehr gewähren für die Teilnehmer/-innen, die bei der Stadt beschäftigt werden. Mit dem Einsatz der zusätzlichen Mittel kann die Zahl der begünstigten Personen konstant gehalten werden.
2 x 5 Personen (Laufzeit 2018-2020, aufgeteilt auf 2 Staffeln); 225.000 €
- Beschäftigungsprojekt „Exina“ (vergleiche SV 17-V-80-8001)
Aus der Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen der Altersgruppen „50+“ wird eine weitere Person für allgemeine Büro- und Verwaltungstätigkeiten bei Exina finanziert, Laufzeit 2 Jahre.
1 Person: 53.000 €

Die mehrfach als Wunsch an Dez. III/80 herangetragene Ausweitung des Projektes „Spielplatzwärtler“ ist nicht vorgesehen. Sowohl das kommunale JobCenter als auch der langjährige städtische Partner bei der Umsetzung des Projektes (BauHausWerkstätten) halten eine Ausweitung für unrealistisch, weil nicht genügend geeignete Langzeitarbeitslose gefunden werden können, die aufgrund ihrer Persönlichkeit und physischen und psychischen Verfassung für diese Art von Tätigkeit in Frage kommen.

Übergang Schule-Beruf

- Lernwerkstatt (vergleiche SV 17-V-80-8006)
An zwei Wiesbadener Schulen sollen die Lernwerkstätten neu aufgestellt bzw. erstmals aufgebaut werden (Albrecht-Dürer-Schule und Wilhelm-Leuschner-Schule).
unbestimmte Zahl Schüler; 10.000 €
- QuABB (Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule)
vergleiche SV 17-80-8005
Bisher war QuABB in Wiesbaden mit 2 Stellen ausgestattet, gemäß Einwohnerschlüssel sind jedoch 2,65 Stellen empfohlen. Mit dem zusätzlichen Geld wird jetzt die Komplementärfinanzierung durch die Stadt ermöglicht.
0,65 Stellen, 15.000 €

Existenzgründung

- Wird zum einen unterstützt durch die zusätzliche Verwaltungskraft bei Exina, s. o.
Zum anderen steht ein Budget für eine Imagekampagne oder zusätzliche Schulungsangebote zur Verfügung.
16.000 €
- Gesamt: 500.000 €

Zusammengefasst werden nicht nur 19 Langzeitarbeitslose in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht und erhalten Zusatzqualifikationen. Darüber hinaus gibt es zusätzliche Personalkapazität, um Ausbildungsabbrüchen gegenzusteuern und Schülerinnen und Schülern an Wiesbadener Schulen in den Lernwerkstätten allgemeine „Arbeitstugenden“ näher zu bringen.

Ferner wird ein Beitrag zur Belebung der Gründerszene am Wirtschaftsstandort geleistet.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

./.

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

./.

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

./.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

./.

Wiesbaden,
8080

21. Dezember 2017
Werner Backes (3798)

Detlev Bendel
Stadtrat